

# **Erschütterte soziale Kohäsion und soziale Ungleichheit nach dem Untergang der Österreichisch-Ungarischen Monarchie**

**Dr.<sup>in</sup> Ibolya Murber**

## **Abstract**

Der Erste Weltkrieg wirkte beschleunigend auf politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Prozesse, die aus Entwicklungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts resultieren. Die Kriegserklärung und der erhoffte schnelle Sieg noch im Jahr 1914 überdeckten aber bloß für kurze Zeit die vielschichtigen und komplexen Probleme innerhalb der Habsburgermonarchie. Die sozioökonomische Last des Weltkriegs intensivierte den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Moderne, welcher mehrheitlich aus dem strukturellen Wandel von einem Agrar- in einen Industriestaat mit zusätzlichen multiethnischen Belastungen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie folgte.

Während des Ersten Weltkrieges waren die Übernahme sozialer Verantwortung und der weitere Ausbau des Sozialnetzes durch den Staat für die Fortführung des Krieges notwendig. Der Krieg integrierte die Arbeiter und ihre Gewerkschaften in den Staat: Die Arbeiter waren als Soldaten, Bürger und Produzenten gefordert. Eine Forschungsfrage ist, wie die kriegsbedingte Integration der Arbeiter in der politischen Neugestaltung und Konsolidierung ihren Niederschlag findet. Eine große Herausforderung stellte am Kriegsende die zerrüttete gesellschaftliche Kohäsion. Meine zweite Frage ist daher: Welche neuen Kohäsionsangebote wurden in Österreich und Ungarn in den Nachkriegsjahren angeboten? Die dritte Forschungsfrage ist, wie die Folgen des durch den Krieg beschleunigten gesellschaftlichen Wandels zu managen waren. Österreichs und Ungarns Wege gingen dabei auseinander, obwohl sich die Ausgangssituation am Kriegsende ähnelte.

Das durch den Edith-Saurer-Fonds geförderte Projekt verfolgt das Ziel, eine komparatistische Darstellung der gesellschaftlichen Desintegration und sozialen Ungleichheit in den Nachkriegsjahren in Österreich und Ungarn zu skizzieren. Die vergleichende Analyse soll einerseits dazu dienen, Strukturen und Konstellationen mitteleuropäischer gesellschaftlicher Entwicklungen aufzuzeigen. Andererseits ist geplant sind erwünscht, transnationale Tendenzen zum Vorschein zu bringen. In der Untersuchung wird bewusst auf Handlungsspielräume, Handlungskompetenzen und Erwartungshorizonte der politischen Akteure fokussiert. Es soll

herausgearbeitet werden, mit welchem Krisenmanagement die Probleme der sozialen Ungleichheit und der erschütterten sozialen Kohäsion in der „umfassenden Krise“ der direkten Nachkriegsjahre in Österreich und Ungarn begegnet wurde.

## I. Forschungsstand des Projekts

Im Herbst 2018 jährten sich das Ende des Ersten Weltkrieges sowie der Untergang des Habsburgerreiches. Zum Untergang des Habsburgerreiches gibt es in den letzten Jahren einige Gesamtdarstellungen.<sup>1</sup> Zum Jubiläumsjahr der österreichischen<sup>2</sup> und ungarischen<sup>3</sup> Republik im Jahre 1918 sind ebenfalls einige neue Darstellungen erschienen. Über die politischen und vor allem die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkrieges in Mitteleuropa wissen wir bis heute nicht allzu viel. Es gibt zwar die nationalen Narrativen der Nachfolgestaaten, aber transnationale, gar globalgeschichtliche Ansätze, die die Grenzen der „nationalen Container“ zu überschreiten wagen, sind noch rar.<sup>4</sup> Das mäßige historische Interesse an den direkten Nachkriegsjahren lässt sich zum Teil damit erklären, dass die Ereignisse aus dieser Zeit keine zentralen Bezugspunkte in den österreichischen sowie ungarischen historischen Narrativen darstellen. Für die gesamthistorische Entwicklung des 20. Jahrhunderts bedeuteten die Unterzeichnung des Friedensvertrags von Trianon 1920 und der „Anschluss“ Österreichs an Deutschland 1938 einen viel größeren und entscheidenderen Bruch als die Ausrufung der demokratischen Republik im Spätherbst 1918. Das heißt jedoch bei Weitem nicht, dass neue Ansätze und Fragestellungen zu erschütterter sozialer Kohäsion, Krisenmanagement und Demokratisierung in den direkten Nachkriegsjahren nicht zu weiteren Erkenntnissen führen könnten. Im Gegenteil. Meine Hypothese ist: Die Übergangsjahre zwischen 1918 und 1920

---

<sup>1</sup> Für eine Auswahl der neuesten Standardwerke zur Kriegsteilnahme der Monarchie siehe Manfred Rauchensteiner: *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*. Wien, 2013; Rolf Steininger: *Der Große Krieg 1914–1918 in 92 Kapiteln*. Reinbeck, 2016.; Helmut Rumpler (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band XI, 1-2. Teilband: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg*. Wien, 2016. ; zum Untergang der Monarchie: Pieter M. Judson: *Habsburg. Geschichte eines Imperiums*. München, 2017.; Hannes Leidinger: *Der Untergang der Habsburgermonarchie*. Innsbruck, 2018.; Helmut Rumpler / Ulrike Harmat (Hg.): *Die nationale und internationale Historiografie zum Untergang der Habsburgermonarchie als ideelle Grundlage für die Neuordnung Europas. Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band. XII., Wien 2018.*

<sup>2</sup> Walter Rauscher: *Die verzweifelte Republik: Österreich 1918-1922*. Wien, 2017.; Alfred Pfoser / Andreas Weigl: *Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918-1922*. Salzburg/Wien, 2017.; Lothar Höbelt: *Die Erste Republik Österreich (1918-1938): Das Provisorium*. Wien, 2018.

<sup>3</sup> Hatos Pál: *Az elátkozott köztársaság. Az 1918-as összeomlás és a forradalom története*. Budapest, 2018.

<sup>4</sup> Ein Versuch zur Aufdeckung kulturhistorischer Verflechtungen: Carlo Moos: *Habsburg post mortem. Betrachtungen zum Weiterleben der Habsburgermonarchie.*, Wien, 2016. Der XIII. Band der „Habsburgermonarchie“ unter der Herausgeberschaft von Ulrike Harmat befasst sich mit dieser Thematik.

waren für die weitere Entwicklung beider Staaten, auch hinsichtlich des Demokratisierungsprozesses und sozialer Ungleichheit, richtungsweisend.

## II. Historischer Kontext und Grundprobleme

Die Krise macht die Fragilität sozialer Konstruktionen offenbar. Krisensituationen und Zeiten beschleunigten Wandels stellen das Selbstbild einer Gesellschaft und deren Institutionen in Frage. Mit dem Begriff „Krise“ schwingt immer der Zustand des Außergewöhnlichen mit, obwohl unsere westlichen gesellschaftlichen Formationen in der Moderne in Krisenzeiten entstanden.<sup>5</sup> Die Moderne lässt sich als „permanente Abfolge von Übergängen, als die Kontinuierung des Wandels (...), die je neue Möglichkeitsbedingungen schafft“, abbilden.<sup>6</sup> Man muss allerdings in Betracht ziehen, dass in Anbetracht von beschleunigten Krisenzuständen das „Davor“ und „Danach“ meist als eine Periode der „Ordnung“ wahrgenommen wird. Das zeigt sich auch in der Geschichte des 20. Jahrhunderts: Als Binsenwahrheit erscheint uns aufgrund der Publikationsflut zu den 100jährigen Gedenkjahren die Aussage, dass das Habsburgerreich in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges in einer Krise steckte. Dieses Empfinden widerspiegelt sich plastisch im zeitgenössischen Mindmap, in politischen Diskursen und deren Begriffe (z.B. „Krise“, „Umsturz“, „Revolution“, „Neubeginn“). Diese zeitgenössische Wahrnehmung entspricht der Braudel'schen „courte durée“.<sup>7</sup> Dem Ansatz des Annales-Historikers folgend lässt sich der zeitlich begrenzte Wandel nach dem Spätherbst 1918, dieses politikhistorische Ereignis („événement“), in longue durée-Prozesse einfügen. Die Bedeutung anhaltender Kontinuitäten, die sich entlang dominanten gesellschaftlichen Konfliktlinien formen, zeigt sich darin, dass diese die Handlungsspielräume und Erwartungshorizonte der handelnden Akteure während eines Bruches („événement“) maßgebend beeinflussen. Für mein Forschungsprojekt ist besonders ein bereits im Fin de Siècle angelegter Langzeitprozess von Bedeutung, nämlich der zunehmende Wunsch nach mehr Demokratie. Ein transnationaler politischer Langzeitprozess des 19. Jahrhunderts war in ganz Europa das Drängen neuer Gesellschaftsschichten nach mehr politischer Partizipation. Infolge der bürgerlichen

---

<sup>5</sup> Reinhart Koselleck: Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Frankfurt a. M., 1973.

<sup>6</sup> Thomas Mergel: Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: Thomas Mergel (Hg.): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt-New York, 2012. 9-22, hier 13.

<sup>7</sup> Fernand Braudel: Geschichte und Sozialwissenschaften. Die longue durée, in: Claudia Honegger (Hg.): Marc Bloch, Fernand Braudel, Lucien Febvre: Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse. Frankfurt a. M., 1977. 47–85.

Emanzipation und der zunehmenden Industrialisierung nahm auch in der Bevölkerung des Habsburgerreiches der Wunsch nach demokratischerer Gestaltung des politischen Lebens sowie der Ausbreitung des Wahlrechtes zu. Bei diesem sich anbahnenden Demokratisierungsprozess taten sich jedoch große Unterschiede zwischen den beiden Reichshälften auf.

In Europa engagierten sich zu Beginn des 20. Jahrhundert mehrheitlich die sozialistischen und liberalen Linken für mehr Demokratie.<sup>8</sup> In der Habsburgermonarchie war der politische Rückhalt der Demokratie anderweitig ausgelegt: Bei der Erweiterung des Wahlrechtes 1907 in der österreichischen Reichshälfte schwebte den obersten Entscheidungsträgern der eigene Machterhalt sowie die Vorbeugung des Reichszerfalls vor<sup>9</sup> – und nicht eine zielgerichtete Demokratisierung des politischen Lebens. Das direkte, allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer ermöglichte den Aufbau zweier Massenparteien, jene der Sozialdemokraten und jene der Christlichsozialen. Beide stiegen infolge der Reichsratswahlen von 1911 zu bedeutenden politischen und demokratischen Kräften in ihrer Reichshälfte auf. Sie repräsentierten die stärksten oppositionellen Fraktionen im Parlament und verfolgten ein Parteiprogramm mit demokratischen Elementen. Aufgrund dieser Entwicklungen erhielten die kleinbürgerlichen, bäuerlichen Schichten sowie die Arbeiter Cisleithaniens bereits vor dem Weltkrieg politisches Mitbestimmungsrecht. Auf dieser solide Grundlage aufbauend konnte die Demokratisierung nach dem Zusammenbruch der Monarchie im Spätherbst 1918 in Deutschösterreich fortgesetzt werden.

Der Adel des ungarischen Königsreichs, der zu der Zeit die politische Führung inne hatte, hütete dagegen seine feudalen Privilegien und widersetzte sich nicht nur gegen jedwede Zentralisierungstendenzen Wiens, sondern unterband alle Versuche zur Erweiterung des Wahlrechtes und Linderung sozialer Ungleichheit. Als Leitlinie galten die ungarische politischen Nation und die ungarische Suprematie über die Ethnien des ungarischen Königreiches.<sup>10</sup> Diese schien in den Augen der politischen Elite die Vorherrschaft des Adels zu bewahren. Wegen des untersagten allgemeinen Wahlrechtes betätigten sich im ungarischen Parlament nur Honoratiorenparteien, die freilich keine politische Vertretung der aufstrebenden neuen Gesellschaftsschichten beabsichtigten. Die 1890 gegründete Ungarische Sozialdemokratische Partei vertrat zwar, deutschem und österreichischem Vorbild folgend, die

---

<sup>8</sup> Ian Kershaw: Höllensturz. Europa 1914 bis 1949. München, 2016. 193.

<sup>9</sup> Peter Berger: Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Wien, 2008. 13.

<sup>10</sup> Ifj. Iván Bertényi: A századelő politikai irányzatai és Tisza István. In: Ignác Romsics: A magyar jobboldali hagyomány 1900-1949. Budapest, 2009. 34-72, hier 41-46.

Demokratisierung des politischen Lebens, die ihrerseits als Lösung der drohend wahrgenommenen Nationalitätenprobleme angesehen wurde. Die größte Schwäche dieser Partei resultierte jedoch daraus, dass sie wegen des eingeschränkten Wahlrechtes als außerparlamentarische Opposition nicht die strenge und disziplinierte Partei- und Gewerkschaftsstruktur einer Massenpartei aufbauen konnte, wie es in der österreichischen Reichshälfte oder in Deutschland der Fall war. Vor 1914 waren demokratische Traditionen in der ungarischen Reichshälfte schwächer ausgeprägt und in der Bevölkerung weniger verankert, daher standen hier die Chancen für einen erfolgreichen Ausbau eines demokratischen Staates nach den krisenhaften Kriegsjahren weitaus schlechter als in der österreichischen Reichshälfte.

Der Erste Weltkrieg wirkte auf politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Prozesse, die aus Entwicklungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts resultieren, beschleunigend.<sup>11</sup> Die Kriegserklärung und der erhoffte schnelle Sieg noch im Jahr 1914 überdeckten aber bloß für kurze Zeit die vielschichtigen und komplexen Probleme innerhalb der Habsburgermonarchie. Die sozioökonomische Last des Weltkriegs intensivierte den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Moderne, welcher mehrheitlich aus dem strukturellen Wandel von einem Agrar- in einen Industriestaat und der multiethnischen Beschaffenheit des Reiches resultierte.

Während des Weltkrieges waren die Übernahme sozialer Verantwortung und der weitere Ausbau des Sozialnetzes durch den Staat für die Fortführung des Krieges notwendig. Je schlechter die Versorgungslage war, desto mehr staatliche soziale Zugeständnisse waren für die Fortsetzung des Krieges erforderlich. Die institutionalisierte Verantwortungsübernahme des Staates äußerte sich in Österreich neben Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung auch in der Regelung des Arbeitsmarktes zugunsten der Arbeitnehmer sowie im allmählichen Ausbau des Sozialnetzes. In Ungarn waren diese staatlichen Maßnahmen weitaus weniger ausgeprägt. Die Versorgungsprobleme waren geringer, die Sozialdemokratie war schwach im Vergleich zu Österreich und die großgrundbesitzende Machtelite signalisierte keine Bereitschaft zu einer Annäherung an die Sozialdemokraten, um zu einem breiteren gesellschaftlichen Konsens zu gelangen. Das staatliche Eingreifen zugunsten der Arbeitnehmer bezog sich vereinzelt auf Betriebsebene und nicht generell auf Landesebene. Dieses staatliche Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern sowie deren politischen Vertretern, den sozialdemokratischen Parteien, widerspiegelte den Prozess, in dem

---

<sup>11</sup> Aribert Reimann: Der Erste Weltkrieg – Urkatastrophe oder Katalysator? in: Aus Politik und Zeitgeschichte 54/29-30 (2004) 30-38.

die Arbeiter in die nationale Gemeinschaft eingegliedert worden waren. Der Krieg integrierte die Arbeiter und ihre Gewerkschaften in den Staat, in Österreich mehr, in Ungarn weniger. „Die Arbeiter waren als Soldaten, Bürger und Produzenten gefordert. Sie beteiligten sich am politischen und kulturellen Prozeß der Mobilisierung von Gesellschaft und Wirtschaft.“<sup>12</sup> Eine entscheidende Frage war am Kriegsende, wie diese kriegsbedingte Integration der Arbeiter in der politischen Neugestaltung und Konsolidierung ihren Niederschlag findet. Österreichs und Ungarns Wege gingen dabei auseinander, obwohl sich die Ausgangssituation am Kriegsende ähnelte.

Das Scheitern der staatlichen Versorgung der Habsburgermonarchie in den letzten zwei Kriegsjahren unterminierte das Vertrauen der Bürger in ihren Staat. Dieser Vertrauensverlust schwächte die innere Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Herrscherhaus, dem Staat und der Bürokratie und letztendlich auch die Integrationskraft der Doppelmonarchie. Dem Ende des Krieges traten zwei stark verschuldete, mit Inflation kämpfende, miteinander wirtschaftlich eng verflochtene Reichshälften entgegen, die für das Wohl der Bevölkerung nicht mehr effizient aufzukommen vermochten. Die Bevölkerung in beiden Reichshälften war gleichermaßen müde vom Krieg, verarmt, unzufrieden und aufgebracht sowie angefüllt mit Ressentiments gegenüber Monarchie, Staat, anderen Nationen und Feindbildern.

Das Krisenmanagement der direkten Nachkriegsjahre wurde in beiden Staaten überwiegend von Sozialdemokraten getragen. Die Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten war am Kriegsende ein politisches Novum. Ihre Mitwirkung an der Kriegsfolgenbekämpfung eröffnete in beiden Staaten voneinander abweichende Wege zur eventueller Demokratisierung bzw. Linderung sozialer Ungleichheit. Die gesellschaftsrelevanten Zukunftsperspektiven der österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten standen einander sehr nahe, aber ihre Handlungsspielräume wiesen große Unterschiede auf.

### **III. Forschungsquellen**

Die im Rahmen dieses Projektes zu erschließenden Quellen befinden sich zum größten Teil in den Bibliotheken und Archiven in Wien. Die relevanten Primärquellen sind im Österreichischen Staatsarchiv und im Wiener Stadt- und Landesarchiv aufzufinden. Die

---

<sup>12</sup> John Horne: Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg, in: Jay Winter/ Geoffrey Parker u.a.(Hgg.): Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert. Hamburg, 2002, 187- 229, hier 225.

ungarischen Archivquellen im Ungarischen Nationalarchiv habe ich bereits gesichtet und durchwegs ausgewertet. Was die deutschsprachige Fachliteratur und Memoiren zu dem geplanten Projekt betrifft, so findet sich diese hauptsächlich in der Österreichischen Staatsbibliothek und in der Fachbibliothek der Zeitgeschichte der Universität Wien. Glücklicherweise sind zahlreiche deutsch- und ungarisch-sprachigen zeitgenössischen Zeitungen digital zugänglich.

#### **IV. Forschungsmethoden und Forschungsfragen**

Das vorliegende Forschungsprojekt verfolgt das Ziel, eine komparatistische Darstellung der Fragen gesellschaftlicher Desintegration und sozialer Ungleichheit in den direkten Nachkriegsjahren in Österreich und Ungarn zu skizzieren. Komparatistische Ansätze decken gemeinsame Entwicklungslinien auf und verdeutlichen spezifische Unterschiede und Kontroversen, die die Ursachen unterschiedlicher Entwicklungswege hinterfragen und freilegen können. Zudem ermöglicht die geplante multiperspektivische Herangehensweise die Identifizierung von Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Die vergleichende Analyse soll dazu dienen, die Betrachtungsweise des „nationalen Containers“ zu überwinden sowie Strukturen und Konstellationen mitteleuropäischer gesellschaftlicher Entwicklungen aufzuzeigen und die vorhandenen transnationalen Tendenzen zum Vorschein zu bringen. In der Untersuchung wird bewusst auch auf Handlungsspielräume, Handlungskompetenzen und Erwartungshorizonte der politischen Akteure fokussiert.

Der Schwerpunkt des durch den Edith-Saurer-Fonds geförderten Projekts liegt auf die Thematisierung des Umgangs mit sozialer Ungleichheit und gesellschaftliche Kohäsion nach dem Ersten Weltkrieg in den Verliererstaaten der Habsburgermonarchie. Dabei wird ein Fokus auf die wichtigsten innenpolitischen und internationalen Faktoren des österreichischen und ungarischen Demokratisierungsprozesses in den direkten Nachkriegsjahren gelegt. Österreich und Ungarn gingen zwischen 1918 und 1920 zwar unterschiedliche Wege der Staatswerdung, trotzdem zeigte ihre innenpolitische Entwicklung ab 1920 in dieselbe Richtung, nämlich hin zu einer von Rechtskonservativen getragenen politischen und ökonomischen Konsolidierung. Auf den ersten Blick scheinen im Krisenmanagement eher die Unterschiede zu dominieren, wie z.B. eine durchaus rasche Konsolidierung in Österreich und demgegenüber andauernde Umwälzungen, Regierungskrisen mit einer Räterepublik und die sog. Konterrevolution in

Ungarn. Bei näherer Betrachtung weisen aber beide Entwicklungen zahlreiche ähnliche Elemente auf. Letztlich waren es bloß wenige, aber desto entscheidendere strukturelle Abweichungen, die die Unterschiede verursachten. Im Mittelpunkt des vorliegenden Projekts stehen das Vergleichen ausgewählter Entwicklungsprozesse und die Analyse der Schwerpunkte, welche die Entfaltung beider Krisenmanagements hinsichtlich gesellschaftlicher Ungleichheit maßgeblich beeinflussten. Meine Analyse versucht folgende Fragen zu beantworten:

- Wie wurden neue Formen gesellschaftlicher Kohäsionsangebote konstruiert?
- Was war für den Demokratisierungsschub in beiden Staaten vor und nach 1918 ausschlaggebend?
- Mit welchen Mitteln und staatlichen Maßnahmen wurde die angekündigte Wiederherstellung der sozialen Kohäsion in Österreich und Ungarn angestrebt?
- Welche Klüfte taten sich bei den Demokratiebefürwortern zwischen Handlungsspielraum und Erwartungshorizont in Hinblick auf die Bekämpfung sozialer Ungleichheit auf?

## **V. Geplante Ziele des Projektes**

Die vergleichende Analyse des Bestrebens der österreichischen und ungarischen Republiken, unter sozialdemokratischer Beteiligung einen demokratischen Sozialstaat einzurichten, kann neue Erkenntnisse über den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel nach dem Ersten Weltkrieg bringen: Die abweichenden Merkmale der Demokratisierungsprozesse geben Aufschluss über die Kontinuitäten und Brüche der „nationalen“ politischen Kultur und über die Ursachen der langfristig gescheiterten Demokratisierung. Dabei soll herausgearbeitet werden, mit welchem Krisenmanagement die Probleme der sozialen Ungleichheit und der erschütterten sozialen Kohäsion in der „umfassenden Krise“ der direkten Nachkriegsjahre in Österreich und Ungarn begegnet wurde.

Der akteurzentrierte Blick macht die Rolle der politischen Entscheidungsträger deutlich und ermöglicht die Thematisierung des Spannungsfeldes zwischen Handlungsspielräumen und Erwartungshorizonten in der neuen, demokratischen Elite in Wien und Budapest. Die im Projekt geplante, vergleichende Thematisierung des internationalen Einflusses auf die (De)Stabilisierung der neuen Machtverhältnisse soll exemplarisch aufzeigen, wie Mitteleuropa



in den direkten Nachkriegsjahren zu einem territorial-großmachtpolitischen sowie ideologischen Experimentierfeld wurde.

In erster Linie geht es bei meinem Forschungsaufenthalt in Wien, den ich mit Unterstützung des Edith-Saurer-Forschungsstipendiums durchführen möchte, um das Sichten und Sammeln relevanter Primär- und Sekundärquellen. Mein langfristiges Ziel ist das Verfassen einer Monographie über das Thema „Krisenmanagement Österreichs und Ungarns in den direkten Nachkriegsjahren im Vergleich“. In dieser Thematik spielt die Frage der sozialen Ungleichheit und erschütterter sozialer Kohäsion eine bedeutende Rolle. Die während der Laufzeit des Edith-Saurer-Forschungsstipendiums gewonnenen Erkenntnisse werde ich in mindestens zwei wissenschaftlichen Beiträgen publizieren. Sie finden dann später ihren Platz in der geplanten Monographie.